



STELLUNGNAHME zum Ergänzungsantrag GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	2018/0324
	Verantwortlich:	Dez. 1
Polderbau Bellenkopf/Rappenwört: Minimierungs- und Vermeidungsgebot nach § 15 BNatSchG		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	15.05.2018	8.1	x	

Kurzfassung

Die Verwaltung empfiehlt, die Anträge abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen)		<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt		Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Haushaltsmittel stehen (bitte auswählen)		Kontenart:			
Kontierungsobjekt: (bitte auswählen)					
Ergänzende Erläuterungen:					
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	Handlungsfeld: (bitte auswählen)
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	abgestimmt mit

1. Verzicht auf die geplante Höherlegung der Herrmann-Schneider-Allee unter gleichzeitiger Gewährleistung von Durchströmung und Durchgängigkeit für Tiere und Pflanzen. Die Böschungen und das Gleisbett werden gegen Abschwemmung gesichert.

Eine gute Durchströmung für Pflanzen und Tiere kann bei einer Beibehaltung der Höhenlage der Hermann-Schneider-Allee nach Auffassung der Verwaltung nicht durch andere technische Lösungsansätze erreicht werden. Auch zusätzliche und breitere Durchlässe ändern nichts an der grundsätzlichen Problematik, dass die Durchlässe als Düker ausgeführt werden müssen und damit das Zusetzen durch Geschwemmsel und Sedimentation nahezu nicht zu verhindern ist.

Die erforderliche bauliche Ertüchtigung der Hermann-Schneider-Allee zur Sicherstellung der Überströmbarkeit würde ähnlich große Eingriffe in die Natur und in das Landschaftsbild bedeuten, wie sie bei einer Höherlegung erforderlich wären, beispielsweise durch die notwendige Rodung der bestehenden Böschungen. Zudem ist eine Genehmigung des Straßenbahnbetriebes auf einer insoweit planmäßig, zumindest gelegentlich oder regelmäßig überfluteten Gleisanlage nach Aussage der Verkehrsbetriebe nicht möglich.

Der Vorhabenträger hat in einer früheren Planungsphase auch über die Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee (um ca. 2 Meter) mittels einer Stelzenkonstruktion nachgedacht, da dies hinsichtlich der freien Durchströmbarkeit die beste Lösung wäre. Diese bauliche Lösung war jedoch damals bereits mit 19 Millionen € Baukosten beziffert worden und damit mehr als doppelt so teuer wie die jetzt geplante Variante. Aus Kostengründen wurde diese Variante nicht weiter verfolgt.

Die Verwaltung hält die derzeitige Planung für die Lösung, die den Bedürfnissen der Ökologie und Infrastruktur am besten gerecht wird und schlägt daher vor, den Antrag abzulehnen.

2. Verzicht auf Anlage des dammbegleitenden Grabens 3 im Wald.

Auf den geplanten Graben 3 kann aus Sicht der Verwaltung nicht verzichtet werden. Er dient grundsätzlich einem kontrollierten Austritt des Sickerwassers durch den Damm XXVI, der dem Schutz der Bevölkerung dient, und ist gleichzeitig ein Teil der Grundwasserhaltung im dammnahen Bereich. Die Deichverteidigung kann damit besser bewerkstelligt werden, da unkontrollierbare Quellaustritte im Binnenland vermieden werden. Auf Grund der Funktion des Dammes XXVI als Bevölkerungsschutz halten wir ein Abweichen von den allgemein anerkannten Regeln der Technik und damit ein Verzicht auf die Vorgabe einer 10 m breiten baumfreien Zone für nicht vertretbar. Unabhängig von der Anordnung eines Grabens müsste also eine baumfreie Zone gewährleistet werden. Ein Verzicht auf den Graben würde insbesondere den Eingriff im Waldbereich somit nicht minimieren.

Graben 3 hat auch den Sinn, den Staatswald außerhalb des Polders, der nicht an Nässe gewöhnt ist, vor Vernässung zu schützen. Die Staatsforstverwaltung hat bisher einem Verzicht auf den Graben ebenfalls nicht zugestimmt.

Wir empfehlen, den Antrag abzulehnen.

3. Der Parkplatz des Rheinstrandbads wird nicht in die Einspundung einbezogen.

Die Umspundung schützt den gesamten Rheinpark vor Überflutung sowohl im seltenen Retentionsfall, als auch im Falle der häufiger auftretenden ökologischen Flutungen. Der Rheinpark wäre für die Öffentlichkeit mit einer belassenen Hermann-Schneider-Allee im Schnitt an ca. 3

Wochen im Jahr nicht erreichbar und die Parkplätze ohne Umpundung dementsprechend nicht nutzbar. Da die Überflutungen über das ganze Jahr auftreten können, ist mit einem entsprechenden Ausfall beziehungsweise Verlust für das Rheinstrandbad in der Badesaison zu rechnen. Außerdem wären die ortsansässigen Kanuvereine nicht erreichbar. Zudem entstehen nicht unerhebliche Betriebskosten für die Sperrungen, Aufräum- und Instandsetzungsarbeiten an der Hermann-Schneider-Allee und den Parkplätzen. Darüber hinaus führt eine enger herangezogene Spundwand zu einer erhöhten Sichtbarkeit.

Wir empfehlen, den Antrag abzulehnen.

4. Schrittweise Einführung ökologischer Flutungen vor dem Probestau: Nach Errichtung des neuen Hochwasserdammes wird schrittweise mit Adaptionsflutungen begonnen, statt erst nach der Errichtung aller Bauwerke einen Probestau in Höhe von mindestens 75 % des Vollstaus durchzuführen.

Der Polder ist als Hochwasserrückhaltebecken im Nebenschluss nach DIN 19700-12 definiert. Die Norm schreibt einen Probestau nach Fertigstellung und Betriebsfähigkeit aller für den Einstau erforderlichen Anlage-, Betriebs- und Überwachungseinrichtungen vor. Dabei ist der Probestau möglichst bis zur Höhe von mindestens Dreiviertel des Vollstaus durchzuführen. Erst danach kann der Polder für den Normalbetrieb freigegeben werden.

Auch bei Nichtausschöpfung der „Vorgabe Dreiviertel des Vollstaus“ und vorausgehenden Adaptionsflutungen müssten die meisten Anlageteile des Polders fertiggestellt sein, so zum Beispiel die Grundwasserhaltungen zum Schutze der nahegelegenen Bebauungen vor schadhafte Grundwasseranstiegen oder die Durchlässe an der Hermann-Schneider-Allee zur Sicherstellung der Durchströmung. Außerdem ist fraglich, ob Flutungen im Polder während der Bauphase im Hinblick auf Baustraßen und Provisorien überhaupt umsetzbar wären. Es dürfte sicherlich mit zusätzlichem Aufwand im Bauablauf, beispielsweise durch die Sicherung von Baubereichen gegen Überflutung, zu rechnen sein.

Der Vorhabenträger hat in einer Besprechung am 2. August 2017 zugesagt (siehe Anlage zur Verwaltungsvorlage, Stellungnahme UA Seite 2), die ökologischen Flutungen in vier Stufen durchzuführen:

Stufe A mit einem Abfluss von etwa 1.400 Kubikmeter/Sekunde bei Pegel Maxau;

Stufe B mit einem Abfluss von etwa 1.700 Kubikmeter/Sekunde

Stufe C mit einem Abfluss von etwa 2.000 Kubikmeter/Sekunde

Stufe D mit einem Abfluss von etwa 2.500 Kubikmeter/Sekunde

Bei diesen ökologischen Flutungen sollen bereits Funktionsprüfungen an Bauwerken (etwa den Pumpwerken oder den Anlagen für binnenseitige Grundwasserhaltung) sowie am Gewässersystem durchgeführt werden.

Unabhängig hiervon wird der Probestau bei einem Abfluss von 3.600 Kubikmetern pro Sekunde durchgeführt, sobald der Polder betriebsbereit ist und diese Menge Wasser verfügbar ist.

Es sollte der Stadt jedoch daran gelegen sein, dass keine unkontrollierten ökologischen Flutungen stattfinden, solange nicht klar ist, dass die Schutzeinrichtungen (beispielsweise die Grundwasserhaltung in Daxlanden) tatsächlich funktionieren.